

Unser Redebeitrag zur Demo gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn 01.06.2024

Wir sind ein Bündnis von Roma* und Nicht-Roma*, bestehend aus Selbstorganisationen sowie Organisationen und Initiativen aus den Bereichen soziale, kulturelle, politische und bildungspolitische Arbeit. BARE bedeutet auf Romanes „stolz“ und „groß“.

Roma* werden umfassend institutionell, strukturell und individuell diskriminiert. Auch auf dem Wohnungsmarkt werden sie, zusammen mit anderen migrantisierten, marginalisierten und vulnerabilisierten Gruppen, tagtäglich qua vermuteter Herkunft und zugeschriebenen Merkmalen systematisch diskriminiert und ausgeschlossen. Zugänge zu Informationen, Wohnungsangeboten, Beratungsmöglichkeiten, Sprachförderung sind oftmals versperrt, Kautionen nur schwer leistbar, dubiose Vermittlungsprovisionen werden abverlangt. Sie werden in prekäre Wohnverhältnisse wie Trailerparks oder sog. wilde Camps gedrängt, die dann i.d.R. schnell geräumt werden. Schutzsuchende wiederum, z.B. aus Moldau und anderen Ländern Südosteuropas, worunter sich viele Roma* befinden, müssen in völlig beengten Unterkünften ausharren.

In unserer Unterstützungsarbeit sind wir immer wieder mit **sog. Problemhäusern** konfrontiert, was für uns heißt: **Häuser mit Problemvermieter*innen**. Sie sorgen für krasse Überbelegung, extrem unsicheren Wohnstatus der Bewohner*innen, z.B. durch fehlende oder äußerst fragwürdige Mietverträge, nicht erreichbaren Verantwortlichen der Verwaltung, herbeigeführte Verwahrlosung, dadurch Ärger mit der mehrheitsdeutschen Nachbarschaft, die aufgrund antiziganistischer bzw. rassistischer Einstellungen vorschnell die Betroffenen als Verursacher*innen dieser Probleme betrachtet, und gern und schnell nach der Polizei ruft, die selbst oftmals rassistisch agiert.

Außerdem gibt es Problemvermietende, die versuchen, mit **Strategien der kalten Entmietung** die Wohnungen und Häuser leer zu kriegen. So auch im Fall des Mietshauses in der Fennstraße 31 in Niederschöneweide. Ende April, 2023: Der Vermieter bedrohte die Bewohner*innen mit Schäferhund und Security, behauptete, dass alle Mietverträge ungültig seien, dass sie sofort ausziehen müssten. Die bisherige Kontaktperson, die zumindest auf dem Papier als Geschäftsführer der Eigentümerfirma geführt ist und die Miete auch gern in bar einzog, viel versprach aber nichts hielt, war plötzlich nicht mehr ansprechbar. Stattdessen tauchten regelmäßig Personen auf die vorgaben den neuen Eigentümer zu vertreten, um Verwirrung zu stiften.

Anfang Februar diesen Jahres dann eine weitere Eskalationsstufe: Wasserversorgung, Versorgung mit Fernwärme und die Müllentsorgung wurden eingestellt. Das Wasser müssen sich die Bewohner*innen seither, d.h. seit unfassbaren **VIER MONATEN**, von einem Steigrohr an der Straßenecke mühsam in Kanister abfüllen und in ihre Wohnungen schleppen, Duschen und Maschinenwäsche sind nicht mehr möglich. In den ersten Wochen mussten sich die Betroffenen in ihren Wohnungen mit dicken Jacken und vielen Decken gegen die Kälte wehren. Im Hof erreichte der Müllberg gigantische Ausmaße, es stank.

Die Bewohner*innen wehrten sich. Sie gaben verschiedenen Medien Interviews, formulierten Kritik und Forderungen in einem Clip und einem offenen Brief. Mittlerweile gibt es Pläne wonach die Bewohner*innen das Haus alsbald verlassen müssten, aufgrund vermuteter Wasserschäden – was dem Eigentümer sehr entgegenkäme, möchte er doch – wie so oft – das Haus grundlegend sanieren, um es zukünftig noch gewinnträchtiger vermieten zu können.

Wir fordern:

- Veröffentlichung des Gutachtens zu den Wasserschäden!

- Alle Bewohner*innen benötigen alternative und adäquate Wohnungen, unabhängig ob sie derzeit einen Mietvertrag haben oder nicht!
- Familien deren Kinder in benachbarte Schulen gehen benötigen Wohnungen im Ortsteil!
- Familien mit Community-Verbindungen im Haus müssen auch andernorts zusammenwohnen können!
- Mieter*innen mit Mietverträgen benötigen ein Rückkehrrecht und Unterstützung, dieses ggf. gerichtlich durchzusetzen!
- keine Polizei bei amtlichen Hausbegehungen und in den Wohnungen, wie bereits geschehen!
- frühzeitige, umfassende, verständliche und sprachensible Informationen von Seiten der Behörden!

Abschließend noch ein Wort zur Bezirks- und Landespolitik: Ihr fehlt es an Willen und Handhabe, gegen solcherart Vermieterwillkür schnell, wirksam und nachhaltig vorzugehen, geschweige denn grundlegend gegen die Zumutungen eines kapitalistischen und rassistischen Wohnungsmarktes. Sie ist gefangen in Sachzwängen und will lieber die Gewinnerwartungen von Immobilienkonzernen, Anteilseigner*innen und versteckt agierenden Eigentümergesellschaften wie im Fall der Fennstraße bedienen, als sich nach den Bedürfnissen einer übergroßen Mehrheit der Stadtbevölkerung, eben den Mieter*innen, zu richten.

In diesem Sinne: Bezahlbarer und sicherer Wohnraum für ALLE MENSCHEN und die Häuser denen, die drin wohnen!

Der Kampf gegen Antiziganismus und Rassismus auf dem Wohnungsmarkt und darüberhinaus muss von der Mehrheitsgesellschaft - zusammen mit den von Rassismus Betroffenen - geleistet werden!

Lasst uns solidarisch gegen Mietenwahnsinn und Rassismus vorgehen!